



# Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

## Interview mit Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff

*Frage: Sind Sie vor der Wende von der Stasi bespitzelt worden?*

So weit ich weiß, nicht.

*Frage: Was hat Sie bewogen, nach der Wende in die SPD einzutreten und hier politisch tätig zu werden?*

Die Politik Willy Brandts. Er wollte ein vereintes Deutschland, in dem die sozialdemokratischen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder Geltung erlangen.

*Frage: Wäre der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR nach Ihrer Ansicht 1990 anders ausgehandelt worden, wenn die SPD federführend gewesen wäre?*

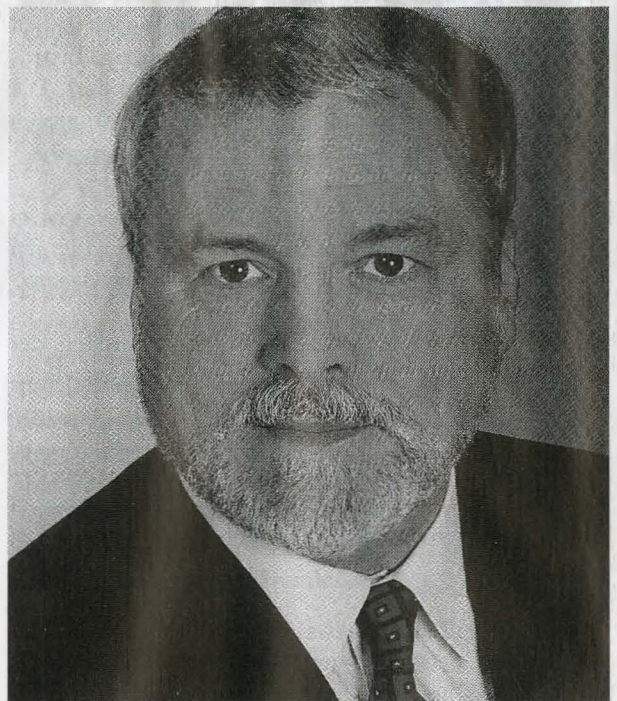
Ja. Die Frage "Rückgabe oder Entschädigung?" wäre sicherlich anders beantwortet worden. Da nach dem Willen der CDU die Rückgabe von Alteigentum Vorrang vor der Entschädigung der Alteigentümer bekam, begann sofort die Auseinandersetzung um Grund und Boden, um Wohnungen und Betriebe. Dies behinderte den Übergang zur Marktwirtschaft beträchtlich. Unter den Folgen haben wir noch heute zu leiden.

*Frage: Was unternimmt das Land Mecklenburg-Vorpommern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?*

Zunächst ein Wort zur Lage auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit ist im Osten im Schnitt doppelt so hoch, wie in den alten Ländern. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre stieg sie noch einmal kräftig an. In Mecklenburg-Vorpommern ist jedoch 1999 erstmals ein leichter Rückgang auszumachen.

Gegen die Arbeitslosigkeit gehen wir auf drei Wegen vor: Durch einen forcierten Ausbau der Infrastruktur, durch Förderung zukunftsfähiger Investitionen und durch eine zielgenaue Arbeitsmarktpolitik.

Bei der Arbeitsmarktpolitik hat die Stärkung des ersten Arbeitsmarktes absolute Priorität. So hat in 1999 die Zahl der mit dem Programm "Arbeit und Qualifizierung



Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff (SPD)

für Mecklenburg-Vorpommern" (AQMV) geförderten Existenzgründungen erstmals die 2000er Schwelle überschritten. Aus Mitteln des Landes und der Europäischen Union erhielten 2018 Existenzgründerinnen und -gründer eine entsprechende Unterstützung.

Investoren haben wir eine Menge zu bieten: Unser Land hat eine hervorragende geographische Lage im Ostseeraum und zwischen den Zentren Hamburg und Berlin. Wir verfügen über zwei Universitäten und vier Fachhochschulen. Unsere Technologiezentren und jungen Technologieunternehmen haben sich einen ausgezeichneten Ruf, auch über die Landesgrenzen hinaus, erworben. Hier – und auch im Bereich der Kommunikationstechnologien – sehe ich noch ein großes Potential für Mecklenburg-Vorpommern, auch hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch die gute Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe trägt jetzt erste Früchte in der Arbeitskräftebilanz.

*Frage: Käme für Sie auf Bundesebene eine Koalition mit der PDS in Frage?*

Nein, zur Zeit nicht. Die PDS vertritt auf Bundesebene nach wie vor eine Reihe von Positionen, die mit der SPD-Politik unvereinbar sind. Ich erinnere nur an das gespaltene Verhältnis der PDS zur NATO und zur Bundeswehr.

*Frage: Wir ehemaligen politischen Häftlinge sind der Ansicht, dass bei den Nazis und jetzt auch bei den Schergen der SED durch die Gerichte viel zu milde Strafen, bzw. überhaupt keine Strafen verhängt werden. Teilen Sie unsere Ansicht?*

Wer Straftaten begangen hat, muss bestraft werden. Darum bemüht sich die Justiz auch redlich. Ob sie zu hart oder zu milde urteilt, darüber werden die Meinungen immer auseinander gehen. Insgesamt bin ich jedoch der Auffassung, dass die Justiz nicht das einzige Instrument zur Aufarbeitung von Geschichte sein darf. Die Aufarbeitung von Geschichte ist, wenn sie erfolgreich verlaufen soll, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

*Frage: Wie ist Ihr Verhältnis zum Oppositionsführer im Landtag und konsultieren Sie die CDU vor wichtigen Entscheidungen für das Land Mecklenburg-Vorpommern?*

Ich würde mir einen Oppositionsführer wünschen, der mehr Wert auf sachliche Auseinandersetzung legen würde. Das wäre auch für unser Land das Beste.

*Frage: Würden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der Altersfürsorge die Förderung auf niedrige Einkommen konzentriert wird und was verstehen Sie unter niedrigen Einkommen?*

Sozialhilfe sollte so beschaffen sein, dass sie alle, die arbeitsfähig sind, auch zur Aufnahme von Arbeit ermuntert. Das heißt: Sie sollte eingeschränkt werden, wenn der Sozialhilfeempfänger eine ihm angebotene Beschäftigung ausschlägt. Und wer alt ist und nicht mehr arbeiten kann, dem muss die Sozialhilfe ein Leben in Würde sichern, wenn das eigene Vermögen oder die Bezüge aus der Rentenversicherung nicht ausreichen. Insofern kann ich mir durchaus vorstellen, dass die Sozialhilfesätze für Alte höher ausfallen, als für Junge. Die Höhe muss sich an den Lebenshaltungskosten und der finanziellen Leistungskraft der öffentlichen Hand orientieren.

*Frage: Insbesondere viele Bürger der neuen Bundesländer sind der Ansicht, dass das Sparpaket unsozial ist. Teilen Sie diese Ansicht?*

Nein. Unsozial wäre es, gar nicht zu sparen. Denn dann müssten wir immer mehr Schulden machen. Das ginge auf Kosten der kommenden Generationen und der Handlungsfähigkeit des Staates.

*Frage: Auch die Ökosteuer wird von der Mehrheit der Bundesbürger als sozial ungerecht abgelehnt. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Pensionäre, Be-*

*amte, Richter, Berufspendler mit großen Entfernungen, Selbstständige usw. werden hier belastet, ohne durch die Senkung der Lohnnebenkosten entlastet zu werden. Können Sie den Ärger dieser Bürger verstehen?*

Erhöhungen der Mineralölsteuer gehen in die Inflationsrate ein und werden ausgeglichen. Darüber hinaus ist die Ökosteuer nicht nur ökologisch sinnvoll. Mit dem Aufkommen der Ökosteuer werden auch die Lohnnebenkosten gesenkt, was neue Arbeitsplätze schafft. Ich kann daran nichts Unsoziales entdecken. Unsozial wäre es, mit der Mineralölsteuer Haushaltslöcher zu stopfen, wie es die alte Bundesregierung getan hat.

Allerdings habe ich schon zu Beginn des Jahres die Mineralölindustrie wegen der jüngsten Benzinpreiserhöhung kritisiert. Die Preissteigerungen der letzten Monate sind nicht akzeptabel und ich habe den Eindruck, dass die Mineralölwirtschaft die Einführung der Ökosteuer dazu missbraucht, kräftig die eigenen Kassen zu füllen.

*Frage: Bei den Bürgern der alten Bundesländer bestehen erhebliche Vorurteile gegen die Beteiligung der PDS auf Länderebene. Sie sind der einzige Ministerpräsident, der mit der PDS eine solche Koalition abgeschlossen hat. Doch es mehren sich die Stimmen, die der Ansicht sind, dass die PDS in Regierungsverantwortung Farbe bekennen muss. Sie kann nicht mehr, wie in der Opposition, mit demagogischen Versprechungen Politik betreiben, wohlwissend, dass sie ihre Versprechungen ja nicht einhalten muss. Was hat Sie bewogen, mit der PDS eine Regierung zu bilden und welche Erfahrungen haben Sie gemacht?*

Ich habe genau die Erfahrungen gemacht, die Sie geschildert haben. Die Teilnahme an der Regierungsverantwortung zwingt die PDS Farbe zu bekennen und sachorientierte Politik zu betreiben. Dabei kommt es



natürlich manchmal zu Spannungen. Doch die muss die PDS aushalten.

*Frage: Gibt es in Mecklenburg-Vorpommern in Gemeinden und auf Kreisebene eine Zusammenarbeit zwischen PDS und CDU?*

CDU und PDS haben in manchen Gemeinden bereits

seit 1990 zusammen gearbeitet – ganz ohne Denkpause.

Zum Beispiel haben CDU und PDS 1990 gegen die damals stärkere SPD-Fraktion in Güstrow zusammengearbeitet und einen CDU-Bürgermeister gewählt.

*Das Interview führte Hans Bonkas am 4.4.2000*

## Vom KGB organisierte Friedhofsschändungen

Zu dem hervorragenden Beitrag von Professor Dr. Peter Reichel "Wenn Auschwitz aufhört, weh zu tun" (F.A.Z. vom 25. Januar) erlauben Sie mir eine Ergänzung aus persönlicher Erfahrung, und zwar zu der dort erwähnten Häufung antisemitischer Vorfälle in den Jahren 1958/59. In der Tat ging damals eine Welle infamer Friedhofsschändungen und Hakenkreuzschmierereien an Synagogen durch ganz Deutschland. Zwölf Jahre später allerdings, als ein KGB-Agent in Washington überlief, deckte er auf, dass dies eine vom KGB unter Einsatz der Stasi organisierte Aktion war, mit dem offensichtlichen Ziel, durch den hierdurch entfachten Verdacht eines sich ausbreitenden Rechtsradikalismus, ja neu auflebenden Nationalsozialismus das Ansehen der Bundesrepublik herabzusetzen und demgegenüber das der DDR, obwohl diese sich niemals zu einem Schuldbekennnis, geschweige denn einer Wiedergutmachung herbeigelassen hatte, entsprechend aufzuwerten. Aufsehen und Entrüstung waren weltweit, am stärksten in den Vereinigten Staaten.

Ich wurde damals besonders damit befasst, weil das Auswärtige Amt mich fragte, ob ich bereit sei, als ehemaliger Emigrant – ich hatte mich vor 1933, noch als Student, als Mitglied in der damals über drei

Millionen Mitglieder starken Kampforganisation gegen Hitler "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" mit SA, SS und dem Stahlhelm herumschlagen müssen und war am 15. Mai 1933 emigriert – nach Amerika zu gehen und über die wahre Situation in der Bundesrepublik Vorträge zu halten. Ich wurde ans Generalkonsulat in Los Angeles entsandt, weil in Kalifornien mit dem dort hohen jüdischen Bevölkerungsanteil die Empörung begreiflicherweise besonders stark war. Bei dieser nicht ganz leichten Aufgabe, die Öffentlichkeit über die wahren Zustände im geteilten Deutschland zu unterrichten, erhielt ich die bereitwilligste Unterstützung gerade von Freunden und Schicksalsgefährten aus dem Exil, ganz besonders denen jüdischer Provenienz. Und was mich dabei am tiefsten bewegte, ja erschütterte, war, dass ich bei ebendieser eine solche Liebe zu Deutschland fand, dem wahren Deutschland des Rechts, der Freiheit und der Menschenwürde in einem einigen Europa versöhnter Völker – eine verfolgte, verletzte, beleidigte Liebe, aber eine Liebe wie man sie heute bei vielen unserer satten Bundesbürger oft vergeblich sucht.

Dr. Volkmar Zühlsdorff, Bonn

## Seminare - Ausstellungen

Bei den von uns durchgeführten Seminaren mit jungen Menschen haben sich einige durch viel politisches Interesse ausgezeichnet. Dazu gehört auch Peter Hüttel. Wir veröffentlichen auf Seite 5 seinen Artikel "Über die Werte der Toleranz"

Vom 5. Juni bis 10. Juni 2000 veranstalten wir ein weiteres Seminar mit jungen Menschen in Berlin. Der Höhepunkt dieses Seminars wird der Empfang bei dem Bundespräsidenten am 7. Juni 2000 von 12.00 - 13.00 Uhr im Schloss Bellevue sein.

Die nächste Ausstellung "75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" findet unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Manfred Stolpe im Landtag von Brandenburg in Potsdam statt.

Die Eröffnung erfolgt am 9. Mai 2000 um 13.30 Uhr.

Ab 20.9.2000 kann unsere Ausstellung dann in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn besichtigt werden.

Bezüglich für die im November vorgesehene Ausstellung "75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" im Paul-Löbe-Haus in Berlin haben wir vom Bundespräsidenten die Mitteilung erhalten, dass sich die Fertigstellung des Paul-Löbe-Hauses verzögert; mit der Fertigstellung ist erst im kommenden Jahr zu rechnen.

## Zum 75. Todestag des 1. Reichspräsidenten Friedrich Ebert

Nur für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und die Reichspräsidenten-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg war der 75. Todestag des ersten demokratischen deutschen Staatsoberhauptes Friedrich Ebert Anlaß, seiner zu gedenken.

In der breiten Öffentlichkeit und insbesondere in der Presse und im Fernsehen – und hier vor allem in ARD und ZDF – war sein Todestag keine Erwähnung wert. Das hat Friedrich Ebert nicht verdient.

Von 100 jungen Menschen weiß heute etwa nur einer mit dem Namen Friedrich Ebert etwas anzufangen und von seinen großen Verdiensten um Deutschland weiß er überhaupt nichts. In der überaus schwierigen Zeit nach dem verlorenen 1. Weltkrieg hat er Deutschland vor der Spaltung bewahrt und sich für einen demokratischen Rechtsstaat eingesetzt. Ist es denn schon in Vergessenheit geraten, dass damals Frankreich die Teilung Deutschlands anstrebte und die Kommunisten unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Aufruhr und Revolution eine Diktatur des Proletariats nach sowjet-russischem Vorbild erkämpfen wollten?

Ebert und seine politischen Freunde wollten nicht die alte kaiserliche Klassengesellschaft durch eine andere neue Klassengesellschaft ersetzen. Sie erstrebten die demokratische Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes durch freie, geheime und gleiche Wahlen an.

Zum 25. Todestag von Friedrich Ebert hat Alt-Bundespräsident Theodor Heuss ausgesprochen, dass dem 1. Reichspräsidenten Friedrich Ebert der Dank Deutschlands gebührt. Alt-Bundespräsident Gustav Heinemann hat zum 100. Geburtstag von Friedrich Ebert darauf hingewiesen, dass dies auch heute erst recht gilt.

Zum 20. Todestag von Friedrich Ebert wurde in New York, noch vor Kriegsende, in einer Feier, an seine historischen Verdienste gedacht. Viele Festredner waren anwesend. Zum Schluß seiner Gedenkrede führte der ehemalige Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning aus:

“Es ist mein Wunsch und meine Hoffnung, dass einmal ein großer Historiker Eberts politisch-ideelle Entwicklung in den letzten Monaten des Krieges und während der Revolution darstellen möge, wenn dies ohne tendenziöse Verzerrung geschieht, dann werden - des bin ich gewiß - kommende Generationen des deutschen Volkes seinem unerschütterlichen Mut gegenüber dem spatankistischen Massensturms und seinem instinktiv gesunden Verständnis konstitutioneller Probleme hohe Anerkennung zollen. Sie werden finden, dass er niemals sein Ideal aus dem Auge verloren hat, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, soweit die Friedensbedingungen es irgendwie gestatteten.”



Nun, so einen grossen Historiker gab es nicht. Im Gegenteil. Die übergrosse Mehrheit des deutschen Volkes hat Friedrich Ebert ganz einfach vergessen.

Hat das Friedrich Ebert verdient?

Wir vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold werden unseren Friedrich Ebert immer ein ehrendes Andenken bewahren und seine grossen historischen Verdienste um Deutschland nicht vergessen.

Hans Bonkas

## Über den Wert der Toleranz

Wenn ich mich in meiner heutigen Zeit fragen muß, welche Werte von besonderer Bedeutung sind, fällt mir sofort die Toleranz ein.

Nicht etwa, weil man sie besonders häufig antrifft, sondern leider ist das Gegenteil der Fall. Toleranz ist ein Wert, der immer seltener wird, wenn materielle Dinge an Bedeutung gewinnen, denn es bedeutet gelegentlich auch das eigene Ego, eigene Wünsche und Bedürfnisse aus Vernunftgründen zurückzustellen.

Wenn ich heute die Zeitung aufschlage wird mir verdeutlicht, wie wenig Toleranz in unserer Gesellschaft noch vorherrscht. Da kann man lesen, wie sich Lobbyisten herumstreiten, nur um für ihre Gruppierung ein Maximum an Vorteilen herauszuholen, ob dabei wesentlich vernünftige Lösungen auf der Strecke bleiben, spielt dabei keine Rolle.

An Politiker stelle ich die Anforderung, dass sie ihren Beruf aus ideeller Motivation heraus betreiben. Die Realität zeigt jedoch, dass es selbst hier Menschen gibt, die sich selbst bereichern möchten oder ihrer Partei mit unlauteren Mitteln einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Mit der Toleranz vor anderen Meinungen und deren Richtigkeit kann es da nicht sehr weit her sein.

Sicherlich ist es schwierig, im Kapitalismus eine tolerante Einstellung an den Tag zu legen, jedoch müssen sich die Menschen in diesem Gesellschaftssystem darum bemühen, weil es sonst zum Scheitern verurteilt ist.

Es würde schon eine wesentliche Verbesserung eintreten, wenn wir uns die Mühe machen würden, jeden ungeachtet seiner gesellschaftlichen Stellung ernst zu nehmen. Denn es sind die Vorurteile, die zu einem Mangel an Toleranz führen. Durch diese bekommen z.B. Jugendliche oder Arbeitslose keine Chance an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitzuwirken. Das Bild von Ausländern leidet unter dem Fehlverhalten weniger und der machtpolitischen Ausnutzung dieses Problems intoleranter Politiker oder Rechtsradikaler.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Diskussion über die Green-Card für EDV-Spezialisten: Es ist zwar richtig diese Diskussion zu führen, jedoch sehr gefährlich, Neidgefühle zu erwecken. Sollten in Zukunft die ausländischen Fachkräfte die Möglichkeit erhalten in Deutschland zu arbeiten, haben wir ein weiteres Toleranzproblem in Deutschland, das Rechtsradikalen eine wunderbare Plattform bietet.

Eigentlich driften meine Ausführungen schon zu weit ins politische ab und könnten damit einen Eindruck beim Leser hinterlassen, der es verwehrt, vorurteilsfrei weiterzulesen. An diesem Punkt kommt für mich die Notwendigkeit der differenzierten Argumentation ins Spiel. Natürlich muß man auch berücksichtigen, dass die eigene Jugend bessere Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich erhält, um das Arbeitslosenproblem nicht weiter zu verschärfen und den Menschen in unserem Staat eine Perspektive zu bieten.

Ich halte es jedoch für falsch, mich aus politischem Koalitionszwang oder Öffentlichkeitswirksamkeit heraus, für die eine oder andere Möglichkeit festzulegen.

Ich würde mir wünschen, dass in der Meinungsbildung diffe-

renziert vorgegangen würde, um die bestmögliche Lösung zu finden. Weiterhin sollte dann umfassend dargestellt werden, warum diese Entscheidung getroffen wurde und dass die Menschen, die weiterhin eine andere Meinung haben, diese demokratische Entscheidung akzeptieren sollten. Von enormer Wichtigkeit hierbei ist jedoch, dass die Personen, die anderer Meinung sind, weiterhin angehört werden und eine Entscheidung auch überdacht werden kann.

Hier kommen die Vorteile von Toleranz am besten zum Tragen. Wenn man sich nicht frühzeitig positioniert und den Argumenten des Diskussionspartners Rechnung trägt, ist man in der Lage, bessere und konsensfähigere Lösungen zu finden.

Dies sollte man jedoch nicht nur auf die Politik beziehen, sondern dieses Grundprinzip beginnt im Leben eines jeden Einzelnen. Nur wenn ein Umdenken in allen Köpfen stattfindet, ist eine Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Lager zu vermeiden. Nur wer dem Geist den Freiraum gibt, andere Argumente als die eigenen zählen zu lassen, ist in der Lage, Wissen anzusammeln, das von großem Wert für alle ist. Ein wunderbares Beispiel hierfür sind Entdecker und Erfinder, wie Kolumbus oder Da Vinci.

Der Vereinsamung im zwischenmenschlichen Bereich kann nur mit Akzeptanz für die Schwächen und Charaktereigenschaften des Anderen entgegengetreten werden. Toleranz ist eine Grundvoraussetzung für Heimatempfindungen und Verständnis für Mitmenschen.

Wenn wir bei immer stärkerem Existenzdruck und Geltungszwang diese Werte nicht wiederbeleben, bin ich mir sicher, dass unser Gesellschaftssystem scheitern wird. Ich zitiere als Beleg gerne einen linken Gelehrten, den ich mal sagen hörte:

“Die Mafia ist die Reinform des Kapitalismus!”

Soweit darf es nicht kommen, denn:

Mit Gemeinsamkeit schafft man mehr als andere und die Grundvoraussetzung für Gemeinsamkeit ist Toleranz!

Peter Hüttl

Das Reichsbanner  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.  
“Das Reichsbanner” ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,  
Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.  
“Das Reichsbanner” erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.  
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.  
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.  
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:  
Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.



**Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.**

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughäfen  
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde